

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 60 38/39
Telex: 06 96 846-48 ppbn d



Inhalt

Dr. Peter Corterier MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß, ruft die Türkei auf, ihren Widerstand gegen die Rückkehr Griechenlands in die NATO aufzugeben.

Seite 1/2

Olaf Sund, Senator für Arbeit und Soziales in Berlin, stellt das Forschungsprojekt "Telebus" vor - eine Maßnahme zur besseren Integration von Behinderten.

Seite 3/4

Heinz Menzel MdB schildert ein Beispiel, das den Bemühungen um Freizügigkeit in Europa Hohn spricht.

Seite 5

34. Jahrgang / 74

18. April 1979

Griechenland und die NATO

Ankara sollte Widerstand gegen Athens Rückkehr ins Bündnis aufgeben

Von Dr. Peter Corterier MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß
des Deutschen Bundestages

Griechenland ist im Jahre 1974 wegen der Zypernkrise und wegen der, wie es die griechische Meinung damals sah, passiven Haltung der NATO gegenüber dem Einmarsch der Türkei auf Zypern aus der militärischen Integration der NATO ausgeschieden.

In der Zeit nach diesem schweren Schlag für die Allianz hat die griechische Regierung unter Konstantin Karamanlis allerdings eine konsequente Politik der Einbindung Griechenlands in den Westen verfolgt und dabei zunächst alle Anstrengungen auf den Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft konzentriert. Diese Politik wird mit der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages Ende Mai einen großen Erfolg verbuchen können. Daneben hat Karamanlis aber - von der Öffentlichkeit des Westens kaum registriert - seit etwa zwei Jahren auch eine Politik der Wiederannäherung, Griechenlands an die NATO betrieben. In Verhandlungen zwischen dem griechischen Generalstabchef Davos und NATO-Oberbefehlshaber Haig im Mai letzten Jahres hat die griechische Seite Vorschläge gemacht, die von Haig als brauchbarer

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Rahmen für die Rückkehr Griechenlands in die militärische Integration akzeptiert wurden. Umsomehr ist es zu bedauern, daß beinahe ein Jahr nach diesen zur Zufriedenheit beider Seiten verlaufenen Verhandlungen die Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Struktur der NATO aufgrund von Vorbehalten der Türkei noch immer nicht vollzogen ist. Dieser Zustand kann nicht mehr lange hingenommen werden. Die NATO muß jede Chance, ihre geschwächte Südflanke zu konsolidieren, wahrnehmen.

Karamanlis kann die für ihn innenpolitisch schwierige Operation der vollen Wiedereingliederung Griechenlands in die NATO nicht auf unbestimmte Zeit durchhalten, wenn ihm der Erfolg versagt bleibt. Die Türkei sollte daher im Interesse der Allianz ihre Vorbehalte aufgeben und in den strittigen Fragen der Zuständigkeitsbereiche im Luftraum und der militärischen Kommandostruktur in der Ägäis in einen Kompromiß einwilligen.

Die Türkei sollte auch eine bedeutsame Parallele zwischen den Beziehungen ihres Landes und Griechenlands zur EG einerseits und zur NATO andererseits nicht übersehen. In der Vergangenheit hat die Türkei mehrfach die Befürchtung ausgesprochen, Griechenland könne seine Mitgliedschaft in der EG und vor allem auch in der Europäischen politischen Zusammenarbeit zum Nachteil der Türkei benutzen. Die griechische Regierung hat daraufhin nachdrücklich versichert, daß sie die EG-Mitgliedschaft Griechenlands nicht gegen die Türkei ausspielen werde. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die Mitgliedstaaten der EG entschlossen sind, nach dem Beitritt Griechenlands gemeinsam mit der griechischen Regierung darauf zu achten, daß diese Garantie eingehalten wird und daß die Türkei zu keiner Zeit den Eindruck haben muß, durch die Mitgliedschaft Griechenlands irgendwelche Nachteile zu haben. Was für die EG gilt, muß aber auch für die Nordatlantische Allianz gelten: Kein Land darf seine Mitgliedschaft im Bündnis gegen ein anderes westliches Land benutzen. Auch unter diesem Aspekt sollte die Türkei ihren Widerstand gegen die volle Wiedereingliederung Griechenlands in die NATO aufgeben.

Die Reintegration Griechenlands ist eine wichtige Voraussetzung für die Konsolidierung der Südflanke der NATO, eine wirksame Hilfsaktion des Westens für die Türkei eine weitere.

(-/18.4.1979/hqy/hqs)

Telebus hatte erfolgreichen Start

Fahrdienst für Behinderte findet großen Anklang

Von Olaf Sund

Senator für Arbeit und Soziales in Berlin

Mitte Januar wurde in Berlin ein Forschungsvorhaben gestartet, das darauf gerichtet ist, die Mobilität von Rollstuhlfahrern sowie schwer Geh- und Stehbehinderten entscheidend zu verbessern, um dadurch zugleich zu ihrer Integration beizutragen. Das Projekt "Telebus für Behinderte" besteht im einzelnen aus folgenden Programtteilen:

- Ein Fahrdienst für Behinderte wird eingerichtet, erprobt und wissenschaftlich ausgewertet,
- das Verkehrsverhalten des Personenkreises, der gegebenenfalls an dem Fahrdienst zu beteiligen ist, wird festgestellt und vorausgeschätzt,
- Fahrzeuge und Betriebsformen, die sich am besten für die Beförderung von Behinderten eignen, werden entwickelt und erprobt.

Der Fahrdienst wird unter Verwendung der sogenannten Bedarfssteuerung betrieben: Der Teilnehmer meldet seinen Fahrwunsch per Telefon oder per Postkarte an und erhält umgehend eine Bestätigung. Über Funk gesteuerte Spezialbusse holen ihn zum angegebenen Zeitpunkt ab und bringen ihn an das gewünschte Ziel. Ihm wird auch geholfen, von seiner Wohnung das Fahrzeug und später vom Fahrzeug die Wohnung wieder zu erreichen. Die optimalen Fahrtrouten der Fahrzeuge werden durch den Einsatz eines Computers ermittelt. Dieses neuartige Steuerungssystem wurde mit Förderung des Bundesministers für Forschung und Technologie entwickelt.

An Fahrzeugkonstruktoren und -produzenten richtete sich ein Ideenwettbewerb für einen neuen Spezialbus für Behinderte. An der Preisvergabe waren die Behinderten

selbst beteiligt. Es ist beabsichtigt, Prototypen des neuen Fahrzeugs im Fahrdienst zu verwenden und damit praktisch zu erproben.

Der Fahrdienst wird nunmehr stufenweise ausgebaut: Der Fahrzeugpark wird kontinuierlich erweitert. Parallel dazu können immer mehr Berechtigungsausweise an Behinderte ausgegeben werden. Der Telebus befördert sie unentgeltlich. Nachdem der Fahrdienst inzwischen ein viertel Jahr in Betrieb ist, läßt sich eine erste Zwischenbilanz ziehen: Er findet großen Anklang bei seinen Benutzern.

In den Fahrdienst werden nur solche Behinderte einbezogen, denen ohne ein derartiges spezielles Beförderungsangebot eine Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft nicht möglich ist. Wer es kann, soll die öffentlichen Nahverkehrsmittel benutzen. Denn es geht nicht darum, gewissermaßen Reservate für Behinderte zu schaffen, die sie von den Nichtbehinderten trennen. Ziel ist vielmehr die Integration.

Die Projektleitung des Forschungsvorhaben beim Senator für Arbeit und Soziales hat der Landesbeauftragte für Behinderte übernommen. Mit der Durchführung wurde die SNV Studiengesellschaft Nahverkehr mbH beauftragt. Dieses in Hamburg ansässige Unternehmen ist seit Jahren mit den neuen Technologien vertraut und verfügt über einen erfahrenen Mitarbeiterstamm. Es hat das Projekt "Telebus" zum Anlaß genommen, eine Zweigniederlassung in Berlin einzurichten.

Das Forschungsvorhaben "Telebus für Behinderte" ist auf eine Laufzeit von etwa dreieinhalb Jahren angelegt. Seine Kosten sind auf knapp 50 Millionen DM veranschlagt. Davon übernimmt der Bundesminister für Forschung und Technologie den weitaus überwiegenden Anteil. Der Senat von Berlin hat bereits Überlegungen angestellt, daß der Fahrdienst für Behinderte, dem Modellcharakter über die Grenzen Berlins und des Bundes hinaus zukommt, nach Abschluß des Vorhabens voll aufrechterhalten bleibt.

(-/18.4.1979/ks/hgs)

+ + +

Nur Platz für Deutsche im "Musterlände" ?

Europäische Freizügigkeit und ihre Wirklichkeit

Von Heinz Menzel MdB

"4-Zimmerwohnung für deutsches Ehepaar", "Reiheneckhaus für deutsche gut situierte Mieter ohne Hund", "3 1/2-Zimmerwohnung für deutsches kinderloses Ehepaar", so steht es im Angebot einer Stuttgarter Maklerfirma. Einem britischen Staatsbürger konnte sie deshalb "zu ihrem Bedauern" keine Wohnung vermitteln. Der Europäer, frisch aus dem Ruhrgebiet zugereist, wo ihm so etwas nicht widerfahren ist, ent-rüstet sich zurecht. Welches Bild wird er sich von uns Deutschen machen? Wird er nach einer solchen Erfahrung - verständlicherweise - zu denen gehören, die meinen, wir hätten aus unserer Vergangenheit nichts gelernt?

"Mit Sorge erfüllt uns, daß ausländische Arbeitnehmer häufig nur als Arbeitskraft gesehen und behandelt werden", heißt es im Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die kommenden Europawahlen. "Neben der rechtlichen Gleichstellung fordern wir vor allem ihre Integration."

Integration, das heißt regelmäßige und kontinuierliche Kontakte zu den Menschen der neuen fremden Umgebung, das heißt Teilnahme am öffentlichen Leben - nicht nur Zuschauer am Rande sein - das heißt auch herzliche zwischenmenschliche Beziehungen zwischen den Menschen verschiedener Kulturkreise. Nicht nur sprachliche Schwierigkeiten machen dies zu einer noch längst nicht gelösten Aufgabe, sowohl was unsere ausländischen Mitbürger aus Ländern außerhalb der Europäischen Gemeinschaft als auch was die Menschen aus den EG-Ländern anbetrifft.

Mindestvoraussetzung dafür aber, daß Integration wirklich stattfinden kann, ist die wirtschaftliche und rechtliche Gleichbehandlung ausländischer Bürger. Wenn zum Beispiel Wohnungen, wie bei dieser Stuttgarter Maklerfirma, nur deutschen Familien angeboten werden, so spricht dies der viel propagierten Freizügigkeit innerhalb der EG und allen Integrationsbemühungen Hohn.

Aus gutem Grund freuen wir uns darüber, daß "Völker, die sich noch in diesem Jahr-hundert zweimal in Weltkriegen bekämpften, ... ihre nationalen Feindschaften (über-winden); statt dessen wird die Idee eines ständigen Friedens zwischen den Völkern zur Wirklichkeit ihrer Beziehungen", heißt es in unserem Europaprogramm.

Sollen es aber nicht nur Leerformeln bleiben, sondern erklärter Wille zur Veränderung der Wirklichkeit, dann kann man Vorfälle, wie den aus Stuttgart beschriebenen, gar nicht ernst genug nehmen.
(-/18.4.1979/ks/hgs)

+ + +